**Mindestlohn und Arbeitslosigkeit – eine ökonomische Bewertung für die Schweiz**

Dank der genauen Analyse des Tieflohnproblems in der Schweiz durch die Universität Genf lassen sich die Auswirkungen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes genauer abschätzen. Die Mindestlohninitiative würde die Lohnsituation von rund 330‘000 Personen verbessern.[[1]](#footnote-1) Das entspricht knapp 9 Prozent der Arbeitnehmenden.

In den letzten knapp 20 Jahren wurde in den Wirtschaftswissenschaften weltweit intensiv zum Thema Mindestlöhne geforscht. Das ausgehend von einer bahnbrechenden Studie in den USA, die zeigte, dass die Erhöhung von Mindestlöhnen zu einem Beschäftigungsanstieg führte.[[2]](#footnote-2) Gemäss heutigem Forschungsstand kann gesagt werden, dass die Wirkungen von Mindestlöhnen auf die Arbeitslosigkeit weitgehend neutral sind – also weder positiv noch negativ.[[3]](#footnote-3) Erklärungen dafür, warum Mindestlöhne nicht zu höherer Arbeitslosigkeit führen, sind z.B.:

* Arbeitgeber, die bei einem Mindestlohn die Löhne nicht mehr unter den „Marktlohn“ drücken können (in der Theorie auch als „Oligo- oder Monopsone“ bekannt). Der Mindestlohn führt zu einer Verhinderung von Lohndumping, ohne dass Arbeitsplätze verschwinden.
* Beschäftigte, die nach der Einführung eines Mindestlohns mehr verdienen und einen Zweitjob aufgeben können.
* Personen, welche sich aus dem Erwerbsprozess zurückgezogen haben, nun aber aufgrund der Aussicht auf einen stabilen, höheren Lohn wieder eine Erwerbsarbeit aufnehmen und beispielsweise die Sozialhilfe verlassen.
* Ausgelagerte Tätigkeiten wie Reinigung oder Gastronomie werden bei höheren Mindestlöhnen in den externen Firmen wieder in die ursprünglichen Firmen integriert.

Mindestlöhne führen zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung, indem die Lage der tiefen und mittleren Einkommen verbessert wird. Diese Einkommensklassen sparen weniger als die hohen Einkommen – wenn sie überhaupt genügend Einkommen haben, um Ersparnisse zu bilden. Man kann somit auch damit rechnen, dass durch eine geringere Ungleichverteilung der Einkommen mehr Einkommen über den Konsum in den Wirtschaftskreislauf zurückfliesst.

Wird in der Schweiz ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, gibt es zusätzliche Faktoren, die negative Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit verhindern.

* Im Gegensatz zu Ländern wie den USA oder England steigen die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in der Schweiz über eine Ausbildung ins Berufsleben ein. Der grösste Teil absolviert eine Berufslehre. Sie sind während der Lehre vom Mindestlohn ausgenommen. Bedenken, dass die Einführung bzw. die Erhöhung eines Mindestlohnes mehr Jugendarbeitslosigkeit zur Folge haben würde, treffen deshalb für die Schweiz nicht zu. Das Gros der TieflohnbezügerInnen – nämlich 77 Prozent – sind hierzulande vielmehr 25-jährig und älter. Steigen durch die Einführung des Mindestlohnes die Löhne nach der Lehre, kann das die Lehre attraktiver machen. Dass durch den Mindestlohn auch die Löhne von „unqualifizierten“ Tätigkeiten steigen, dürfte der Attraktivität der Lehre nicht schaden. Bereits heute werden für zahlreiche Hilfsarbeiten mehr als 22 Fr./h bezahlt.

Berufliche Situation der 15- bis 19-Jährigen
(Schätzung, in % der gleichaltrigen Wohnbevölkerung)

Quelle: OECD, Berechnungen SGB

* In der Schweiz müssen die Frauen besonders oft in einem Tieflohnjob arbeiten. Das dürfte stark mit der Lohndiskriminierung der Frauen zusammenhängen. Die Männer verdienen bei der gleichen Arbeit besser. Geht man davon aus, dass die Männer einen „Marktlohn“ erhalten, so sind die Frauen unter dem „Markt“ bezahlt. Die Einführung eines Mindestlohnes für die Frauen dürfte dieses „Marktversagen“ beseitigen. Die Beschäftigung der Frauen lohnt sich für die Firmen auch zum höheren Lohn. Doch die Firmen machen etwas weniger Gewinn auf Kosten der Frauen. Die Erfahrung in England zeigt, dass der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen mit der Einführung des Mindestlohnes abgenommen hat.[[4]](#footnote-4)

Dass die Schweiz eine kleine, offene Volkswirtschaft ist, dürfte hier kein Problem sein. Denn der überwiegende Teil der Tieflohnstellen findet sich in binnenwirtschaftlichen Sektoren.

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich höchste Löhne. Wenn das Land einen wirksamen Mindestlohn einführt, wird dieser zwangsläufig höher sein als Mindestlöhne in manchen anderen Ländern. Ein Mindestlohn von 22 Fr./h entspricht rund 61 Prozent des Schweizer Medianlohnes der Gesamtwirtschaft. Die Mindestlöhne anderer Länder liegen in einem ähnlichen Bereich, z.B. Türkei (71 Prozent), Frankreich (60 Prozent), Neuseeland (59 Prozent), Slowenien (58 Prozent). Wichtig bei der Beurteilung der Höhe eines Mindestlohnes ist die Zahl der Betroffenen. Weil die Schweizer Jugendlichen mehrheitlich über eine Lehre ins Berufsleben einsteigen, ist diese Zahl im Vergleich zum Ausland wesentlich geringer. In der Schweiz verdienen heute knapp 9 Prozent der Beschäftigten weniger als 22 Fr./h. Würde beispielsweise Deutschland einen – deutlich tieferen – Mindestlohn von 8.50 €/h einführen, wären hingegen rund 16 Prozent der Beschäftigten betroffen. In Österreich wären es zum selben Betrag rund 15 Prozent.[[5]](#footnote-5)

Die Gegner eines Mindestlohnes argumentieren u.a. auch damit, dass durch den Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde die Preise im Inland steigen werden. Doch nüchtern analysiert zeigt sich, dass die geschürten Befürchtungen übertrieben sind. Wenn die Banken und Grossbetriebe ehemals ausgelagerte Unternehmensteile wie die Reinigung oder die Gastronomie wieder in ihre Firmen integrieren, hat das keinen Einfluss auf die Preise, die die Schweizer KonsumentInnen zahlen. Dasselbe gilt auch für den Fall, dass wegen den Mindestlöhnen dumpende Unternehmen nun faire Löhne bezahlen müssen. Internationale Studien zeigen, dass sich höhere Mindestlöhne in tieferen Margen der Unternehmen niederschlagen.[[6]](#footnote-6) Am ehesten wäre wohl im Gastgewerbe mit Preiserhöhungen zu rechnen. Doch die Erfahrungen aus der Vergangenheit beruhigen. Seit dem Jahr 1998 ist der unterste Mindestlohn im GAV – nota bene als Folge von Verhandlungen der Sozialpartner – von damals 2350 auf heute 3400 Franken pro Monat gestiegen (+45 Prozent). Die Mitarbeitenden hatten mehr Lohn und die Branche wurde konkurrenzfähiger. Die Preise in den Restaurants und Hotels sind hingegen weitgehend im Einklang mit den übrigen Dienstleistungspreisen in der Schweiz gestiegen. Heute liegt der unterste Mindestlohn im Gastgewerbe rund 8 Prozent unter den geforderten 22 Franken pro Stunde. Selbst wenn diese Differenz voll überwälzt würde, hätte das einen Preisanstieg von etwas mehr als 1 Prozent zur Folge.

Die grössere Verbreitung von Mindestlöhnen sowie die Einführung einer Untergrenze von 22 Franken pro Stunde würden das Armutsproblem in der Schweiz entschärfen. Das wirkt entlastend für die Staatsfinanzen.

1. Diese Zahl ist tiefer als die Zahl der Tieflohn-BezügerInnen insgesamt, weil der Mindestlohn der SGB-Initiative von 22 Fr./Stunde tiefer ist als die Tieflohnschwelle von 2/3 des Medianlohnes. [↑](#footnote-ref-1)
2. Card, D. und A. B. Kruger (1994). „Minimum Wages and Employment: A Case Study of the Fast-Food Industry in New Jer- sey and Pennsylvania”, American Economic Review 84(4): 772-793. [↑](#footnote-ref-2)
3. Bassanini, A. und R. Duval (2006): Employment Patterns in OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institu- tions, OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 35.

 Gianella, Ch., I. Koske, E. Rusticelli und O. Chatal (2009): What Drives the NAIRU? Evidence from a Panel of OECD Coun- tries, OECD Economics Department Working Paper No. 649.

 Metcalf, David (2007). „Why Has the British National Minimum Wage Had Little or No Impact on Employment?”, CEP Dis- cussion Paper No 781. [↑](#footnote-ref-3)
4. S. den Bericht der Low pay commission 2012, S. 42 (http://www.lowpay.gov.uk/lowpay/report/pdf/2012\_Report.pdf). [↑](#footnote-ref-4)
5. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\_PUBLIC/3-20122012-AP/DE/3-20122012-AP-DE.PDF [↑](#footnote-ref-5)
6. Draca, M., S. Machin und J. Van Reenen (2006): Minimum Wages and Firm Profitability, Centre for Economic Performance Discussion Paper 715. [↑](#footnote-ref-6)